

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale für Staatsvertrag
Für Rückfragen	Martin Bäumle, 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	08.06.2010

Es gibt keine Alternative zum Staatsvertrag

Die Grünliberalen verurteilen das Spiel mit dem Feuer v.a. seitens SVP und SP, welche mit ihrem heutigen Nein zum Staatsvertrag dem Standort Schweiz schaden und dafür die Verantwortung tragen müssen. Die Grünliberalen unterstützen den Staatsvertrag UBS/USA weiterhin und lehnen zwingende Bedingungen innerhalb des Vertrages ab und werden den Staatsvertrag nicht dem Referendum unterstellen, da dies letztlich einem Nein gleichkommt. Die Grünliberalen wehren sich gegen Erpressungen von links und rechts. Hingegen unterstützen die Grünliberalen die Vorstösse des Ständerates und der WAK beider Räte – dazu gehören die Motion „too big to fail“, die Motion zur Klärung der Zuständigkeit bei Staatsverträgen und die Motionen für eine „Bonibesteuerung“. Mit der Prüfung dieser Massnahmen werden die „Bedingungen“ von links und rechts inhaltlich erfüllt. Die Grünliberalen erwarten nun einen pragmatischen Lösungsvorschlag für die zweite Runde.

Die Grünliberalen bedauern, dass die Parteien den Staatsvertrag missbrauchen, um ihre politischen Ziele zu verfolgen und dabei Schaden für die Schweiz in Kauf nehmen. Nüchtern betrachtet ist der Vertrag der einzige Weg, in der Sache UBS/USA einen Befreiungsschlag zu machen und damit für die Schweiz und den Finanzplatz eine Lösung zu haben und wieder vorwärts gerichtet zu politisieren. Der Bundesrat hat hierzu zielführend verhandelt und einen tragbaren Vertrag ausgehandelt. Klarerweise beinhaltet der Vertrag Restrisiken, welche aber im Verhältnis zur Ablehnung gering sind. Eine Ablehnung hingegen wäre ein Risiko, das eigentlich niemand ernsthaft tragen kann. Zudem wehren sich die Grünliberalen gegen das Referendum, da dies faktisch den Staatsvertrag verunmöglicht, weil damit die Frist mit den USA kaum mehr erfüllt werden kann.

Die Grünliberalen werden aber mehrere Vorstösse unterstützen, welche in Zukunft ähnliche Situationen vermeiden sollen. Die Motion „too big to fail“ soll gestützt auf den Zwischenbericht der Experten geeignete Massnahmen zu beschliessen, ohne in eine Überreglementierung zu verfallen. Die Motion für die Klärung bei Staatsverträgen soll dem Parlament ermöglichen, früher am Entscheidungsprozess solch wichtiger Geschäfte zu partizipieren. Die Motionen für eine Prüfung einer Besteuerung von Boni soll erreichen, dass Entschädigungen ab einer bestimmten Höhe nicht mehr als Unternehmensaufwand absetzbar sind. Damit würden die Aktionäre stärker in die Pflicht genommen, welche Entschädigungen ausgerichtet werden und das Unternehmen müsste sehr hohe Entschädigungen und Boni ordentlich versteuern. Mit diesen Vorstössen werden die Bedingungen von links und rechts materiell aufgenommen.

Die Grünliberalen erwarten nun, dass sich die Bundesratsparteien zusammensetzen und einen Ausweg aus der Sackgasse suchen – zum Beispiel ein Weg über die Behandlung der Motionen für eine Bonisteuer im Nationalrat, was den Weg für eine Zustimmung von links oder rechts freimachen könnte. Die Grünliberalen werden hier Unterstützung anbieten. Im Weiteren nehmen die Grünliberalen die SVP in die Pflicht, auf dass sie Wort halten und in der Frage des Referendums nachgeben werden.